

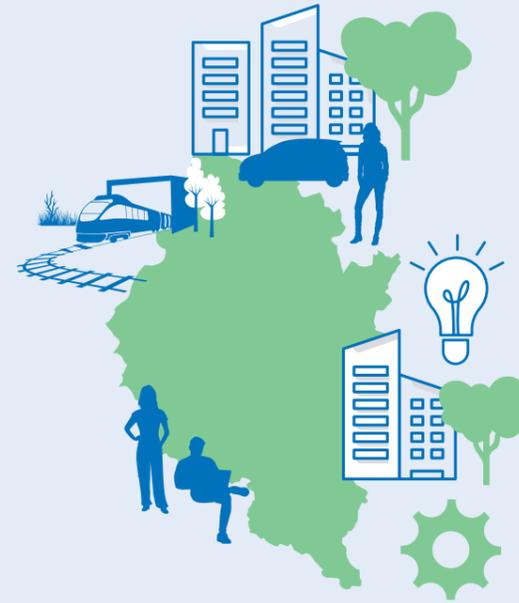
A light green silhouette of the state of Vorarlberg, Austria, is centered in the background. A large blue number '6' is superimposed on the map.

6
HANDLUNGS-
FELDER FÜR DEN
STANDORT
VORARLBERG

LEGISLATURPERIODE 2024 – 2029



MUT ZUR ZUKUNFT - EIN NEUER AUFBRUCH FÜR UNSEREN WIRTSCHAFTSSTANDORT



Vorarlberg steht an einem Wendepunkt. Einst ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg, spüren wir heute den Gegenwind des globalen Wettbewerbs, überbordender Bürokratie und regulatorischer Hemmnisse. Unser Wohlstand, von Generationen fleißiger und vorausschauender Menschen erarbeitet, ist kein Garant für die Zukunft. Die Zeichen sind deutlich: Nur mehr Mittelmaß im Standort-Ranking, stockende Infrastrukturprojekte, zögerliche Reformen. Deshalb ist es Zeit für einen neuen Aufbruch.

Die Welt hat sich verändert, der Wettbewerb ist härter geworden. Aber gerade deshalb müssen wir unsere Stärken neu entdecken und ausbauen. Vorarlberg war schon immer mehr als Fleiß. Es war Innovationsgeist, Gestaltungswille, Mut zum Risiko. Diese Eigenschaften brauchen wir heute mehr denn je.

Wir müssen gestalten, nicht nur verwalten. Wir müssen investieren, nicht nur umverteilen. Wir müssen mutige Entscheidungen treffen, auch wenn sie unbequem sind. Denn nur so können wir unseren Standort sichern und damit unseren Wohlstand erhalten.

Dieser Forderungskatalog ist ein Angebot an die neue Landesregierung: Lassen Sie uns gemeinsam an einem Strang ziehen! Machen wir Vorarlberg wieder zum Vorreiter, zu einem Ort, an dem Ideen entstehen und Unternehmen wachsen. Wir, die Industriellenvereinigung Vorarlberg, sind bereit, mit unserer Kompetenz und unserem Engagement dazu beizutragen.

Es ist Zeit, vom Fleiß zur Gestaltungskraft zu kommen.
Es ist Zeit, ein neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte Vorarlbergs aufzuschlagen. Packen wir es gemeinsam an!

EXECUTIVE SUMMARY



6 HANDLUNGSFELDER FÜR DEN STANDORT VORARLBERG

WENIGER BÜROKRATIE!

Bürokratie verteuert, verlangsamt und erschwert das, was unsere Unternehmen eigentlich tun sollen – und wollen, nämlich wirtschaften und Wohlstand schaffen. Was unser Land braucht, ist eine **Stelle für Entbürokratisierung und Verfahrensvereinfachung** sowie eine **Ombudsstelle für Unternehmen**, wo gesetzliche Regelungen auf ihre Sinnhaftigkeit und Praktikabilität überprüft und unnötige Bürokratie gemeldet und Verbesserungsvorschläge gemacht werden können. Weiters gilt es, Bürokratie durch Gesetzesüberprüfungen und -reduktionen abzubauen. Zudem sollen künftig alle **Verwaltungsverfahren** auf einer **digitalen Plattform** online abgewickelt werden können.



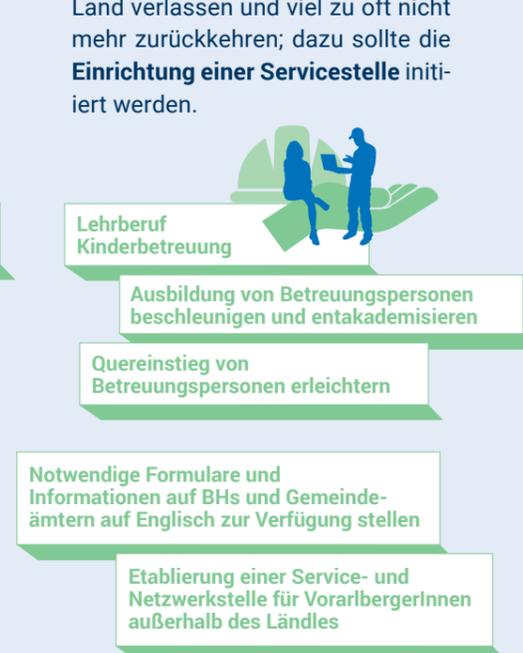
KOSTEN SENKEN!

Betriebsflächen und Lohnnebenkosten sind in Vorarlberg zu teuer – das schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit massiv. Was unser Land braucht, sind Kostensenkungen in beiden Bereichen. Das Land könnte **ein Prozent der Lohnnebenkosten** senken, indem die Wohnbauförderung nicht mehr über Arbeitgeber und Arbeitnehmer (je 0,5 Prozent), sondern über das Budget finanziert wird. Sowieso gilt es, nach der Pandemie wieder eine solide Haushaltspolitik zu etablieren. Weiters müssen **Betriebsflächen im neuen Bodenfonds** inkludiert werden. Dieser Ankündigung der Landesregierung müssen nun endlich Taten folgen.



MEHR FACHKRÄFTE!

Wir brauchen mehr hervorragende Köpfe in Vorarlberg! Was unser Land benötigt, um den Arbeits- und Fachkräftemangel erfolgreich zu bekämpfen, ist in erster Linie eine Verbesserung der **Personalsituation in der Kinderbetreuung**. Hier gilt es, die klassische Ausbildung zu beschleunigen, den Quereinstieg zu erleichtern und die Einführung eines **Lehrberufs Kinderbetreuung** zu prüfen. Zweitens müssen wir attraktiver für ausländische Fachkräfte werden, dazu gehört vor allem **mehr Englisch in der Verwaltung**. Und drittens müssen wir uns verstärkt um jene **Vorarlberger Studierenden** kümmern, die für ihr Studium das Land verlassen und viel zu oft nicht mehr zurückkehren; dazu sollte die **Einrichtung einer Servicestelle** initiiert werden.



LEHRE WEITER VERBESSERN!

Die duale Ausbildung ist eine Stärke Vorarlbergs, doch der Rückgang der Lehrlingszahlen stellt den Standort vor Herausforderungen. Um dem entgegenzuwirken, fordert die IV Maßnahmen zur **Reduzierung von Lehrabbrüchen**, etwa durch **präventive Lehrlings- und Lehrbetriebscoachings**. Zusätzlich soll das Modell der **modularen Lehre** ausgebaut werden, um schulisch schwächeren Jugendlichen mehr Chancen auf Teilqualifikationen zu bieten. Mit dem neuen Bundesgesetz über **höhere berufliche Bildung** (HBB-G) soll die Landesregierung sicherstellen, dass die Interessen Vorarlbergs aktiv vertreten werden.



FORSCHUNG STÄRKEN!

Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel zu mehr Innovation und zur Sicherung von Fachkräften in Vorarlberg. Daher müssen diese Bereiche gezielt gestärkt werden. Unser Land benötigt mehr **Doktorandenstellen und Stiftungsprofessuren**, die in enger Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen praxisnahe Lösungen entwickeln. Zudem wäre es ein großer Fortschritt, wenn auch besonders forschungsintensive Fachhochschulen das **Promotionsrecht** erhielten – hier muss das Land auf Bundesebene aktiv werden. Ein echter Forschungsstandort erfordert zudem ausreichend **studentischen Wohnraum**. Dieses bereits gegebene Versprechen am Campus der FH Vorarlberg muss nun dringend umgesetzt werden.



INFRASTRUKTUR AUSBAUEN!

Vorarlberg ist ein Exportland und dafür sind leistungsfähige Straßen und Schienen unverzichtbar. Der Bau der **Unterflurtrasse** zwischen Bregenz und Lochau, **zusätzliche Gleise im Rheintal** und endlich die **Realisierung der S 18** als hochrangiger Lückenschluss in die Schweiz sind dringend notwendig. Die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene ist aber nicht nur eine Frage der Infrastruktur. Die Industriellenvereinigung hat bereits eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, um weitere Verbesserungen zu erarbeiten. Gerne führen wir diesen Prozess gemeinsam mit dem Land und allen notwendigen Stakeholdern fort.





WENIGER BÜROKRATIE!

Unsere Betriebe leiden sehr unter den stetig wachsenden Anforderungen der Bürokratie. Diese verteuert, verlangsamt und erschwert das Wirtschaften, schwächt unsere Wettbewerbsfähigkeit und ist somit Treiber der Deindustrialisierung. In Zeiten wachsender Herausforderungen braucht der Wirtschaftsstandort Vorarlberg deshalb mehr Effizienz und weniger Hemmnisse. Eine schlankere Bürokratie ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und den Unternehmen wieder den notwendigen Spielraum für Innovation und Wachstum zu geben. Die Zeit zum Handeln ist jetzt.

AMTSSTELLE FÜR ENTBÜROKRATISIERUNG UND VERFAHRENSVEREINFACHUNG

Die Industriellenvereinigung Vorarlberg fordert seit langem die Einrichtung einer Amtsstelle für Entbürokratisierung und Verfahrensvereinfachung. Diese zentrale Stelle soll bestehende und neu beschlossene Regelungen auf unnötige bürokratische Hürden für heimische Unternehmen prüfen. Ihr Ziel: überbordende Auflagen identifizieren und **Empfehlungen zur Abschaffung oder Vereinfachung** abgeben.



Einrichtung einer Amtsstelle für Entbürokratisierung und Verfahrensvereinfachung

PLATTFORM FÜR DIGITALE VERFAHRENSABWICKLUNG

Die Industriellenvereinigung Vorarlberg fordert die Einführung einer **zentralen digitalen Plattform für alle Bewilligungsverfahren**. Damit könnten Behördenwege vereinfacht, Prozesse beschleunigt und der Verwaltungsaufwand für Unternehmen deutlich reduziert werden. Mit einer zentralen digitalen Lösung könnten **Genehmigungen, Anträge und Verfahren effizienter abgewickelt werden** – vom Bauvorhaben bis zur Umweltverträglichkeitsprüfung könnten alle Genehmigungen digital abgewickelt und Behördenwege sowie Postlaufzeiten deutlich verkürzt werden. Die Industriellenvereinigung fordert daher die neue Landesregierung auf, eine solche Plattform rasch umzusetzen und damit den Wirtschaftsstandort zu stärken. Bürokratieabbau durch Digitalisierung ist ein entscheidender Schritt für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Innovation.

OMBUDSSTELLE FÜR BETRIEBE

Es liegt auf der Hand, dass niemand besser versteht, welche Herausforderungen mit gewissen bürokratischen Regelungen einhergehen als die betroffenen Betriebe selbst. Ergänzend zur beschriebenen Amtsstelle fordern wir daher auch die Einrichtung einer Anlaufstelle für Betriebe, bei der Unternehmen anonym **unnötige bürokratische Belastungen melden und Empfehlungen abgeben** können. Dies sollte die Arbeit der Amtsstelle vereinfachen und den Unternehmen einen aktiven Part in der Entbürokratisierung ermöglichen.

Einführung einer Plattform zur digitalen Verfahrensabwicklung



Einführung einer "One-in-one-out-Regelung" sowie "Sunset-Klausel" für Gesetze



BÜROKRATIE ABBAUEN DURCH GESETZESÜBERPRÜFUNG UND -REDUKTION

Die Industriellenvereinigung Vorarlberg fordert eine umfassende Durchforstung aller Landesgesetze auf Doppelgleisigkeiten und Notwendigkeit. Dabei soll eine **One-in-one-out-Regelung** für Landesgesetze eingeführt werden, um für jedes neue Gesetz zwingend ein altes Gesetz streichen zu müssen, sowie eine **Auslaufklausel ("Sunset-Klausel")** geprüft werden, um Gesetze nach einem bestimmten Zeitraum auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Diese Maßnahmen würden den Verwaltungsaufwand reduzieren und sicherstellen, dass nur relevante und zeitgemäße Regelungen bestehen bleiben.

Einrichtung einer Ombudsstelle für Betriebe



KOSTEN SENKEN!



Einer der belastendsten Faktoren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes sind die hohen Flächen- und Personalkosten. Oberstes Ziel muss es daher sein, diese Kosten zu senken, um Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Auch bei den Lohnnebenkosten gibt es für die Landesregierung begrenzte Eingriffsmöglichkeiten.



Senkung der Lohnnebenkosten
um ein Prozent

SENKUNG DER LOHNNEBENKOSTEN FÜR MEHR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Das Land Vorarlberg hat die Möglichkeit, die **Lohnnebenkosten um 1 Prozent zu senken**, indem die Wohnbauförderung nicht mehr zu je 0,5 Prozent von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wird, zumal diese Mittel nicht mehr zweckgebunden sind. Dies würde sowohl die Lohnnebenkosten der Unternehmen als auch die Steuerbelastung der Arbeitnehmer senken. Wichtig ist: Die Mittel für den Wohnbau sollen nicht gekürzt, sondern künftig aus dem Landesbudget finanziert werden. Wir fordern das Land auf, diesen Schritt zu setzen und damit ein klares Signal zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes zu leisten.



Bodenfonds
für Betriebsflächen

BETRIEBSFLÄCHEN IN DEN BODENFONDS INTEGRIEREN

Mit der Einrichtung des Bodenfonds hat das Land bereits einen wichtigen Schritt gesetzt, um leistbare Flächen für den Wohnbau zu schaffen und den Wohnungsbau zu fördern. Dieses **Modell muss auch auf Betriebsflächen ausgeweitet** werden, da die Kosten für betriebliche Flächen ebenfalls stark gestiegen sind. Bereits bei der Vorstellung des Bodenfonds wurde angekündigt, dass dies auch für Betriebsflächen umgesetzt werden könnte. Wir fordern die Landesregierung auf, diese Ankündigung schnell einzulösen. Für Vorarlbergs wirtschaftlichen Erfolg ist es entscheidend, dass bestehende Unternehmen expandieren und neue gegründet werden können.

NACHHALTIGE SCHULDENPOLITIK

In den vergangenen Jahren war es aufgrund der Pandemie notwendig, auf eine verstärkte Verschuldung zurückzugreifen. Jetzt ist es entscheidend, wieder eine **solide Haushaltspolitik** zu etablieren, um zukünftigen finanziellen Spielraum für wichtige Investitionen zu sichern. Angesichts knapper werdender Budgets muss der Fokus auf Effizienzsteigerungen liegen – etwa durch den Abbau von Doppelstrukturen, die Reduzierung von Mehrfachförderungen und die Abschaffung ineffizienter Förderungen. Nur durch eine nachhaltige Schuldenpolitik kann das Land langfristig wirtschaftlich handlungsfähig bleiben.



Rückkehr zur
nachhaltigen Finanzpolitik

MEHR.. FACHKRÄFTE!



Der Arbeits- und Fachkräftemangel stellt unsere Unternehmen vor große Herausforderungen. Aufgrund der vielen GrenzgängerInnen und des Fehlens einer großen Universität im Land (weshalb viele junge Menschen Vorarlberg dauerhaft verlassen und nur wenige Nicht-VorarlbergerInnen zum Studieren nach Vorarlberg kommen) ist Vorarlberg von diesem Trend stärker betroffen als andere Regionen Europas. Ziel muss es daher sein, den Standort und die Arbeitsplätze attraktiver zu gestalten und mehr Menschen für den Vorarlberger Arbeitsmarkt zu gewinnen. Neben der Verbesserung der Lehre und der Stärkung des Forschungsstandortes, auf die in den Punkten 4 und 5 näher eingegangen wird, sehen wir als IV-Vorarlberg drei erfolgversprechende Ansätze, die bisher noch zu wenig erprobt wurden.



Lehrberuf
Kinderbetreuung

Ausbildung von Betreuungspersonen
beschleunigen und entakademisieren

Quereinstieg von
Betreuungspersonen erleichtern

KINDERBETREUUNG AUSBAUEN

Der erste Ansatz betrifft den Ausbau der Kinderbetreuung. Qualitative und ausreichend verfügbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten bedeuten Wahlfreiheit für die Eltern, was in der Praxis zu steigenden Beschäftigungszahlen, vor allem unter Frauen, führt. Verbesserungen in der Kinderbetreuung sind also ein probates Mittel, nicht nur das Leben der Eltern flexibler zu gestalten, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes zu verbessern.

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich in diesem Bereich viel getan, auch die IV-Vorarlberg hat sich an der Reform des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (KBBG) beteiligt und in der Folge einen Leitfaden zur betrieblichen Kinderbetreuung veröffentlicht. Auch wenn das neue KBBG Verbesserungen bringen wird, bleiben viele Herausforderungen bestehen. Eine davon ist der Engpass beim Personal. Ohne ausreichend verfügbares Betreuungspersonal ist der Ausbau der Kinderbetreuung nicht möglich. Als IV fordern wir deshalb ein Umdenken in der Ausbildung von Betreuungspersonen.

Um die digitalen Kompetenzen von Kindern nachhaltig zu fördern, ist es zudem entscheidend, bereits im Kindergarten anzusetzen. Eine **frühe digitale Grundbildung** ist entscheidend für die Lern- und Teilhabechancen in einer zunehmend digitalisierten Welt. Ziel sollte es sein, Kindern einen altersgerechten und spielerischen Zugang zu digitalen Medien zu ermöglichen. Dabei ist es wichtig, von den analogen Problemstellungen der Kinder auszugehen, um einen Bezug zu den digitalen Herausforderungen ihres Alltags herzustellen und diese gemeinsam zu lösen. Durch die Integration der **MINT-Didaktik in die Kinderbetreuung** können wir unsere nächste Generation optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorbereiten.

1. Basierend auf dem Beispiel Pflege, sollte angedacht werden, einen **Lehrberuf „Kinderbetreuung“** zu etablieren und so auch schon junge Menschen für den Beruf zu gewinnen.
2. Prüfung wie die herkömmliche **Ausbildung beschleunigt und entakademisiert** sowie der **Quereinstieg erleichtert** werden könnte.
3. **MINT-Didaktik** bereits in der Kinderbetreuung verstärken

AUSLÄNDISCHE FACHKRÄFTE BESSER INTEGRIEREN

Ein zweiter Ansatz zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels ist die Gewinnung von zusätzlichen ausländischen Fachkräften, kurz Expats. Vorarlberg ist aufgrund der hervorragenden Qualität unserer Unternehmen und der hohen Lebensqualität ein attraktiver Standort, aber leider haben es diese Expats nicht leicht, hier Fuß zu fassen. Das hat mit unvermeidlichen Integrationsherausforderungen zu tun, aber auch mit vermeidbaren bürokratischen Hürden. Was erstere betrifft, so haben IV und WKV mit der Einrichtung des Expat Service bereits einen wichtigen Schritt getan. Gleichzeitig gilt es aber auch, die bürokratischen Hürden für Expats in Vorarlberg so gering wie möglich zu halten. So sind beispielsweise notwendige Formulare auf den Bezirkshauptmannschaften und Gemeindeämtern nur in deutscher Sprache erhältlich. Auch wenn das Erlernen der deutschen Sprache eine zwingende Voraussetzung für eine nachhaltige Integration darstellt, kann von den Betroffenen nicht erwartet werden, dass sie unmittelbar nach der Einreise über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um derartige bürokratische Angelegenheiten erledigen zu können.

Wir fordern daher das Land auf, das **Englischangebot in der Verwaltung zu erhöhen**. Dies würde auch die Unternehmen entlasten, die bei der Einstellung eines Expatriates oft viel Zeit und Ressourcen für dessen bürokratische „Integration“ (Abstellung von Begleitpersonen für BH-Besuche etc.) aufwenden müssen. Konkret sollte in jeder Bezirkshauptmannschaft zumindest eine Person mit ausreichenden Englischkenntnissen für die Betreuung von Expats zur Verfügung stehen. Weiters sollten unbedingt notwendige Formulare und Informationen in englischer Sprache in den Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden aufliegen.



Notwendige Formulare und
Informationen auf BHs und Gemeinde-
ämtern auf Englisch zur Verfügung stellen



Etablierung einer Service- und
Netzwerkstelle für VorarlbergerInnen
außerhalb des Ländles

ZUKUNFTSBÜRO FÜR FACHKRÄFTE ETABLIEREN

Ein dritter Ansatz zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels wäre es, sich verstärkt darum zu bemühen, Vorarlberger Studierende in Wien, Innsbruck oder anderswo nach Abschluss ihres Studiums wieder nach Vorarlberg zurückzuholen. Bisher tut das Land in dieser Hinsicht zu wenig. Die Landesregierung sollte überlegen, eine Stelle einzurichten, die solche VorarlbergerInnen betreut, informiert und so die Verbindung zur Heimat aufrechterhält bzw. verbessert. Das Büro für Freiwilliges Engagement und Bürgerbeteiligung (FEB) wäre für diese Aufgabe bestens geeignet und dessen Aufgabengebiet sollte entsprechend der ursprünglichen Intention zu einem **„Zukunftsbüro für Fachkräfte“** erweitert werden. Andere bereits bestehende Organisationen und Vereine, wie z.B. der „Verein VorarlbergerInnen in Wien“, könnten in diese Arbeit eingebunden werden. Ziel ist es, die Hürden für eine Rückkehr nach Vorarlberg zu senken, permanent Kontakt zu halten und über verschiedenste Angebote in Vorarlberg zu informieren. Die Möglichkeiten dafür sind vielfältig und es gibt bereits eine Reihe von Best-Practice-Beispielen aus anderen Regionen wie das Südtirol, an denen man sich orientieren kann.

LEHRE VERBESSERN!



Die duale Ausbildung ist eine der großen Stärken unseres Standorts. Das Interesse der Jugendlichen an der Lehre bzw. das Interesse der Eltern, dass ihre Kinder eine Lehre machen und nicht z.B. studieren, hat in den letzten Jahren jedoch abgenommen. Dies ist insbesondere für Vorarlberg eine Herausforderung, da wir über keine große Universität verfügen und so viele junge VorarlbergerInnen dauerhaft vom Arbeitsmarkt verschwinden. Ziel muss es daher sein, die Lehre grundsätzlich wieder attraktiver zu machen und ihre Anerkennung in der Bevölkerung zu steigern. Neben reinen Informations- und Werbekampagnen braucht es dazu aber auch strukturelle Reformen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode Maßnahmen zu setzen, die zu einer messbaren Steigerung der Lehrlingszahlen bzw. zu einer Reduktion der Lehrabbrüche geführt haben.



Lehrlings- und Lehrbetriebs-coaching verbessern

LEHRLINGS- UND LEHRBETRIEBS-COACHING

Eine Herausforderung ist, dass zu viele Jugendlichen die Lehre abbrechen. Hier sollten neue Wege gefunden werden, dies zu verhindern bzw. dafür zu sorgen, dass schwächere Lehrlinge trotzdem zu einem Abschluss kommen können. Mit dem Lehrlings- und Lehrbetriebs-coaching gibt es bereits Mittel und Wege, diesem Trend entgegenzuwirken. Leider war dies in der Vergangenheit aber nur bedingt erfolgreich, weswegen auch ein neues solches Projekt, „**Lehre statt Leere – Lehrlings/Lehrbetriebscoaching**“, ausgeschrieben wurde. Ob dieses neue Projekt erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten. Wir fordern die Landesregierung jedenfalls auf, mit solchen und ähnlichen Maßnahmen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode quantitativ messbare Ergebnisse vorzulegen und die Ausbildungsabbrüche deutlich zu reduzieren. Aus Sicht der Wirtschaft wäre es wichtig, dieses Modell von einem reaktiven zu einem präventiven zu entwickeln, damit Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden können. Dies käme in erster Linie den Auszubildenden zugute, die sonst auf der Strecke bleiben würden.



Modulare Lehre ermöglichen

AUSBAU DER MODULAREN LEHRE

Es muss auch anerkannt werden, dass das Erfolgsmodell Lehre an einigen Stellen umstrukturiert gehört. In der Schweiz gibt es das System der „modularen Lehre“. Diese besteht aus verschiedenen Modulen, die jeweils einer **Teilqualifikation** entsprechen und einzeln abgeschlossen werden können. Die Gesamtheit der Module bzw. Abschlüsse entspricht den Anforderungen eines Berufsabschlusses. Davon profitieren Jugendliche, die z.B. in der Schule, aber weniger im handwerklichen Bereich Probleme haben. Im derzeitigen System schaffen diese Jugendlichen oft keinen Abschluss, mit der „modularen Lehre“ würden sie dennoch anerkannte Kompetenzen erwerben. In Österreich gibt es zwar bereits Ansätze einer solchen „modularen“ Lehre („Teilqualifizierung“), diese sind aber im Gegensatz zur Schweiz viel zu wenig ausgebaut und anerkannt. Wir fordern Österreich auf, diese Möglichkeit zu prüfen und schulisch schwächeren Lehrlingen mehr Möglichkeiten zu bieten, dennoch Qualifikationen zu erwerben.



Vorarlbergs Interessen bei der Höheren Beruflichen Bildung berücksichtigen

VORARLBERGS INTERESSEN BEI DER HÖHEREN BERUFLICHEN BILDUNG BERÜCKSICHTIGEN

Die höhere Berufsbildung in Österreich bietet neue Chancen für Menschen mit Lehrabschluss oder langjähriger Berufserfahrung. Durch das Bundesgesetz über die Höhere Berufliche Bildung (HBB-Gesetz) können sie berufsbegleitend **zusätzliche Qualifikationen** erwerben, die ihre Karrierechancen verbessern und den Fachkräftemangel bekämpfen. Für Vorarlberg mit seinem starken Industrieanteil ist es entscheidend, dass die neuen Abschlüsse den spezifischen Bedürfnissen der Unternehmen entsprechen. Daher muss sich die Landesregierung aktiv in die **Gestaltung der höheren Berufsbildung** einbringen. Eine enge Abstimmung mit den Sozialpartnern und Branchenverbänden ist notwendig, um die benötigten Qualifikationsprofile zu definieren und die duale Ausbildung zu stärken. Gleichzeitig müssen Anreize und finanzielle Förderungen geschaffen werden, um die Teilnahme an höheren Berufsbildungsangeboten zu erleichtern. Qualitätsstandards für Abschlüsse und Bildungseinrichtungen sichern das Niveau der neuen Angebote. Eine gezielte Förderung der höheren Berufsbildung trägt dazu bei, den Fachkräftemangel in Vorarlberg zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu sichern.

FORSCHUNG STÄRKEN!



Eine gut ausgebaute Infrastruktur für Forschung und Entwicklung (F&E) sorgt an einem Standort für zusätzlichen Fachkräftezuwachs und mehr Innovation, vor allem wenn diese in enger Abstimmung mit der am Standort ansässigen Industrie und Wirtschaft erfolgt. Umgekehrt bedeutet ein Mangel an Forschungsmöglichkeiten auch den Verlust von hochqualifizierten Arbeitskräften („Brain Drain“), was sich in Vorarlberg zumindest teilweise im bestehenden Fachkräftemangel widerspiegelt.

Mit der Fachhochschule Vorarlberg verfügt unser Land zwar über eine qualitativ hochwertige tertiäre Bildungseinrichtung, die jedoch rein quantitativ nicht mit anderen Hochschulstandorten verglichen werden kann. Die Stärke unseres Forschungsstandortes liegt in der engen Kooperation zwischen der FH Vorarlberg und den heimischen Unternehmen. Ziel muss es daher sein, diese anwendungsorientierten Forschungsmöglichkeiten am Standort auszubauen und damit Innovation und Fachkräfte zu fördern.

PROMOTIONSRECHT FÜR FACHHOCHSCHULEN

Eine Möglichkeit für Vorarlberg, mehr Forschung und Entwicklung am Standort zu ermöglichen, ist die Verleihung des Promotionsrechts an Fachhochschulen. Dieses ist bisher den Universitäten vorbehalten. Da es in Vorarlberg keine Universität gibt, ist es auch nicht möglich, diesen Abschluss hier zu erlangen, was einen erheblichen Standortnachteil darstellt. Da ein Doktoratsstudium Voraussetzung für die meisten Berufe in der Forschung ist, sind junge VorarlbergerInnen gezwungen, für ein solches Studium das Land zu verlassen. Allzu oft kehren sie danach nicht mehr zurück. Da die Verleihung des Promotionsrechts an Fachhochschulen in die Kompetenz des Bundes fällt, sind dem Land hier zumindest rechtlich die Hände gebunden. Als Industriellenvereinigung Vorarlberg fordern wir die Vorarlberger Landesregierung jedoch auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass zumindest **besonders forschungsstarke Fachhochschulen das Promotionsrecht erhalten**.



Einsatz für das Promotionsrecht
für Fachhochschulen



Industrienahe Doktorate
ermöglichen

Private-Public Partnerships
verstärken

INDUSTRIENAHE DOKTORATE ERMÖGLICHEN/PRIVATE-PUBLIC PARTNERSHIPS VERSTÄRKEN

Gerade für ein Industrieland wie Vorarlberg ist eine arbeitsmarktnahe Forschung von großer Bedeutung. Die durch die Außenstelle der Universität St. Gallen geschaffenen Möglichkeiten für Doktoratsstudien, um nur ein Beispiel zu nennen, werden die Innovation am Standort beflügeln und unsere Unternehmen stärken - und in weiterer Folge zusätzliches Know-how nach Vorarlberg bringen. Als Industriellenvereinigung Vorarlberg fordern wir das Land auf, sich um weitere solche Möglichkeiten zu bemühen, sei es in Form weiterer solcher Außenstellen von Universitäten oder der Einrichtung eigener solcher Doktorate an der FH Vorarlberg.

Konkret sollte das Land zusätzliche **Anreize für Stiftungsprofessuren** schaffen, z.B. durch die Zusage einer **Verdoppelung der von der Privatwirtschaft eingebrachten Mittel**. Damit kann auch eine wirtschaftsnahe und praxisorientierte Forschungslandschaft sichergestellt werden. Die landeseigenen illwerke/vkw haben bereits erfolgreich gezeigt, welche Vorteile sich aus solchen Initiativen ergeben können. Um Forschungsfortschritte zu erzielen, ist die Koppelung an einen konkreten Leistungskatalog unabdingbar, bei Nichterfüllung sollten entsprechende Förderungen gestrichen werden.

STUDENTISCHES WOHNEN AM STANDORT DER FH VORARLBERG SCHAFFEN

Wohnen ist in Vorarlberg bekanntlich sehr teuer. Dieser Umstand ist sicherlich ein großer Hemmschuh für nicht-Vorarlberger (Ausländer wie auch andere Österreicher), hier zu studieren. Mehr solcher Menschen an die FH Vorarlberg zu holen wäre jedoch ein wichtiger Schritt, um zusätzliche Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen und den heimischen Forschungsstandort zu stärken. Mit 1.600 Studierenden hat die FH Vorarlberg eine Größe, bei der andere vergleichbare Standorte längst studentische Wohnmöglichkeiten am Standort anbieten. Wenn sich Vorarlberg auch als Forschungsstandort etablieren will, muss eine solche Option gegeben sein. Als IV-Vorarlberg fordern wir die Landesregierung daher auf, die **angekündigten Wohnmöglichkeiten für junge Studierende – im Idealfall in unmittelbarer Umgebung zur FH – in der nächsten Legislaturperiode umzusetzen**.



Studentisches Wohnen am Standort
der FH Vorarlberg schaffen

INFRASTRUKTUR AUSBAUEN!



Vorarlberg ist ein Exportland. Damit unsere Unternehmen ihre Güter möglichst effizient und klimaschonend transportieren können, braucht es einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Gerade die angestrebte Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene verläuft sehr schleppend. Dafür gibt es viele Gründe. Einer davon ist die unzureichend ausgebaute Infrastruktur. In Gesprächen mit diversen Logistikexperten aus Vorarlberger Unternehmen – Task Force Güterverkehr der Industriellenvereinigung – konnten aber auch eine Reihe weiterer Optimierungen definiert werden, die den Gütertransport auf der Schiene einfacher und effizienter machen würden.

GEMEINSAME ERARBEITUNG EINES MASSNAHMENKATALOGS FÜR DEN GÜTERVERKEHR

Die Industriellenvereinigung hat im Frühjahr 2024 eine Task Force ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, Herausforderungen und mögliche Lösungen im Schienen-Güterverkehr zu erarbeiten. Dazu wurden Logistikexperten aus verschiedenen Vorarlberger Unternehmen eingeladen, die mit der Praxis vertraut sind. Als IV-Vorarlberg möchten wir diesen Prozess gemeinsam mit dem Land und anderen notwendigen Stakeholdern fortführen. Denn die Gespräche im Frühjahr haben gezeigt, dass es bei der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene eine Reihe von Herausforderungen gibt, die nur von der Politik in Zusammenarbeit mit dem Bund, den ÖBB und unseren Nachbarländern gelöst werden können.



Beteiligung an der „Task Force Güterverkehr“ durch das Land



Bau der Unterflurtrasse

BAU DER UNTERFLURTRASSE

Der unterirdische Ausbau der Bahninfrastruktur in Richtung Norden nach Deutschland bietet neben der Steigerung der Lebensqualität direkt am See vor allem wirtschaftliche Vorteile: Zum einen werden **zusätzliche Trassen** benötigt, um den Güterverkehr rascher und einfacher von der Straße auf die Schiene verlagern zu können. Die Strecke Richtung Norden, wohin ein wesentlicher Teil der Vorarlberger Exportgüter transportiert wird, um von dort aus wieder per Schiff (vor allem nach Hamburg) exportiert zu werden, stellt nach wie vor einen Engpass dar. Eine Verlagerung auf die Schiene ist daher für Vorarlberger Unternehmen oft noch unattraktiv. Zusätzliche Gleise würden diese Verlagerung erleichtern, den Wirtschaftsstandort fördern und den LKW-Verkehr und damit die Umweltbelastung reduzieren. Insgesamt wäre die Unterflurtrasse daher der logische nächste Schritt nach dem Ausbau des Terminals Wolfurt. Darüber hinaus käme ein Gleisausbau der Standortentwicklung insofern zugute, als diese zusätzlichen leistungsfähigen Verbindungen auch den Personenverkehr nach Deutschland wesentlich verbessern würden. Dies betrifft die Anbindung an eine Reihe von wirtschaftsstarken Ballungsräumen, allen voran München mit seinem Flughafen. Mittelfristig könnte sogar eine deutliche Verkürzung der Fahrzeit von Vorarlberg nach Wien angestrebt werden, wenn diese nicht mehr über die langsame Strecke durch Tirol und Salzburg erfolgen müsste. Eine bessere Erreichbarkeit Vorarlbergs würde sich positiv auf den Fachkräftemangel und den Tourismus auswirken und käme darüber hinaus jeder Vorarlbergerin und jedem Vorarlberger zugute. Die neue Landesregierung wird daher aufgefordert, einerseits im Regierungsprogramm festzuhalten, dass es **keinen oberirdischen Ausbau geben wird und andererseits die notwendigen Schritte zu setzen, um den unterirdischen Ausbau voranzutreiben.**



Ausbau der Gleise im Rheintal

ZUSÄTZLICHE GLEISE IM RHEINTAL

Neben der unterirdischen Trassenführung sind vor allem im Rheintal zusätzliche Gleise notwendig. Dort verkehren derzeit zu viele Züge auf zu wenigen Trassen - und wegen des Vorrangs des Personenverkehrs bleiben viele Gütertransporte „auf der Strecke“. Während eine Person von Bregenz nach Wien knapp sieben Stunden braucht, benötigt ein Güterzug für die gleiche Strecke rund drei Tage. Es ist daher nicht verwunderlich, dass viele Unternehmen nach wie vor den LKW bevorzugen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, alle notwendigen Schritte zu setzen – Lobbying auf Bundesebene ebenso wie die Zusammenarbeit mit den zuständigen Partnern -, um den **Grundstein für ein flächendeckendes Schienennetz** im Rheintal zu legen.

AUSBAU DER INFRASTRUKTUR – S 18

Wir fordern die neue Landesregierung auf, sich in den nächsten fünf Jahren mit aller Kraft für den Bau der S 18 einzusetzen – und vor allem, dies notfalls auch gegen Widerstände vor Ort oder aus dem Bund durchzusetzen. Konkret erwarten wir, dass im nächsten Koalitionsabkommen festgeschrieben wird, dass die **S 18 in der kommenden Legislaturperiode zwingend in ein UVP-Verfahren gebracht** wird. Die Zeiten für Kompromisse in Koalitionsabkommen sind vorbei, die Industriellenvereinigung erwartet sich ein klares Bekenntnis zur Entlastung von Bevölkerung und Wirtschaft im unteren Rheintal.



S 18 einem UVP-Verfahren zuführen

Industriellenvereinigung Vorarlberg
Competence Center Rheintal
Millennium Park 4, 6890 Lustenau
www.iv-vorarlberg.at



INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
VORARLBERG